

Dezember
2020

SOVD *Magazin*

Herausgegeben vom Sozialverband Deutschland



Schnelle Hilfe auch auf dem Land?

**Mangelnde Infrastruktur gefährdet
zunehmend ärztliche Versorgung**

Eine starke Gemeinschaft

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) vertritt die Interessen der Rentner, der Patienten und gesetzlich Krankenversicherten sowie der pflegebedürftigen und behinderten Menschen. Wir setzen uns für Ihre Rechte ein und bieten unseren Mitgliedern Beratungsstellen in ganz Deutschland. Dort erhalten sie Hilfe bei Fragen zur gesetzlichen Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung oder in behindertenrechtlichen Dingen. Soziale Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir setzen uns für den Ausbau und den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme ein.



Der Sozialstaat ist ein wichtiges Auffangnetz für die Menschen – das zeigt sich gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen. Uns geht es auch um Chancengleichheit, zum Beispiel um die Bildung und Ausbildung, die unsere Gesellschaft behinderten und benachteiligten Kindern und Jugendlichen bietet.

Der SoVD ist eine starke Gemeinschaft mit rund 600.000 Mitgliedern. Bei uns können Sie sich engagieren und mit anderen gemeinsam aktiv werden. Einer von über 2.000 Ortsverbänden befindet sich bestimmt auch in Ihrer Nähe.



Die bundesweit über 600.000 Mitglieder des SoVD bilden eine starke Gemeinschaft.

Ungleichheit wächst in Krise

Zwei Untersuchungen zeigen Belastungen für geringe und mittlere Einkommen. Seite 4–9



Mindestsicherung stärken

SoVD bei Podiumsdiskussion zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

Seite 20 – 27



Steine in den Weg legen

Rampen aus Legosteinen machen auf gesellschaftliche Barrieren aufmerksam.

Seite 38 – 49

Foto Titelbild: Alexander / Adobe Stock



Schnelle Hilfe auf dem Land?

Nicht nur die weiten Wege zum Krankenhaus werden zu einem immer größeren Problem. Seite 10 – 19



Revision zugelassen

Erfolg bei Musterverfahren von SoVD und VdK zu Erwerbsminderungsrenten.

Seite 28 – 31



SoVD und AWO stellen gemeinsam Strategien zur Armutsbekämpfung in Europa vor

Ungleichheit wächst in der Corona-Krise

Die Corona-Krise verändert die Gesellschaft und bringt für viele Menschen berufliche und finanzielle Herausforderungen; trotz staatlicher Hilfen und zum Teil weit gefasster Unterstützungsprogramme. Zwei aktuelle Studien haben jetzt den Einfluss der Pandemie auf die Vermögensverteilung und die Privatschulden untersucht.

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) veröffentlicht regelmäßig den Verteilungsbericht, der untersucht, wie sich Einkommen und Vermögen im Land entwickeln. Die Langzeitbetrachtung für die Jahre 2010 bis 2017 zeigt, dass das Fünftel mit dem geringsten Einkommen an der positiven wirtschaftlichen Gesamtentwicklung kaum beteiligt ist. Die ärmsten zehn Prozent haben real sogar weniger Einkommen als am Anfang des Untersuchungszeitraums.

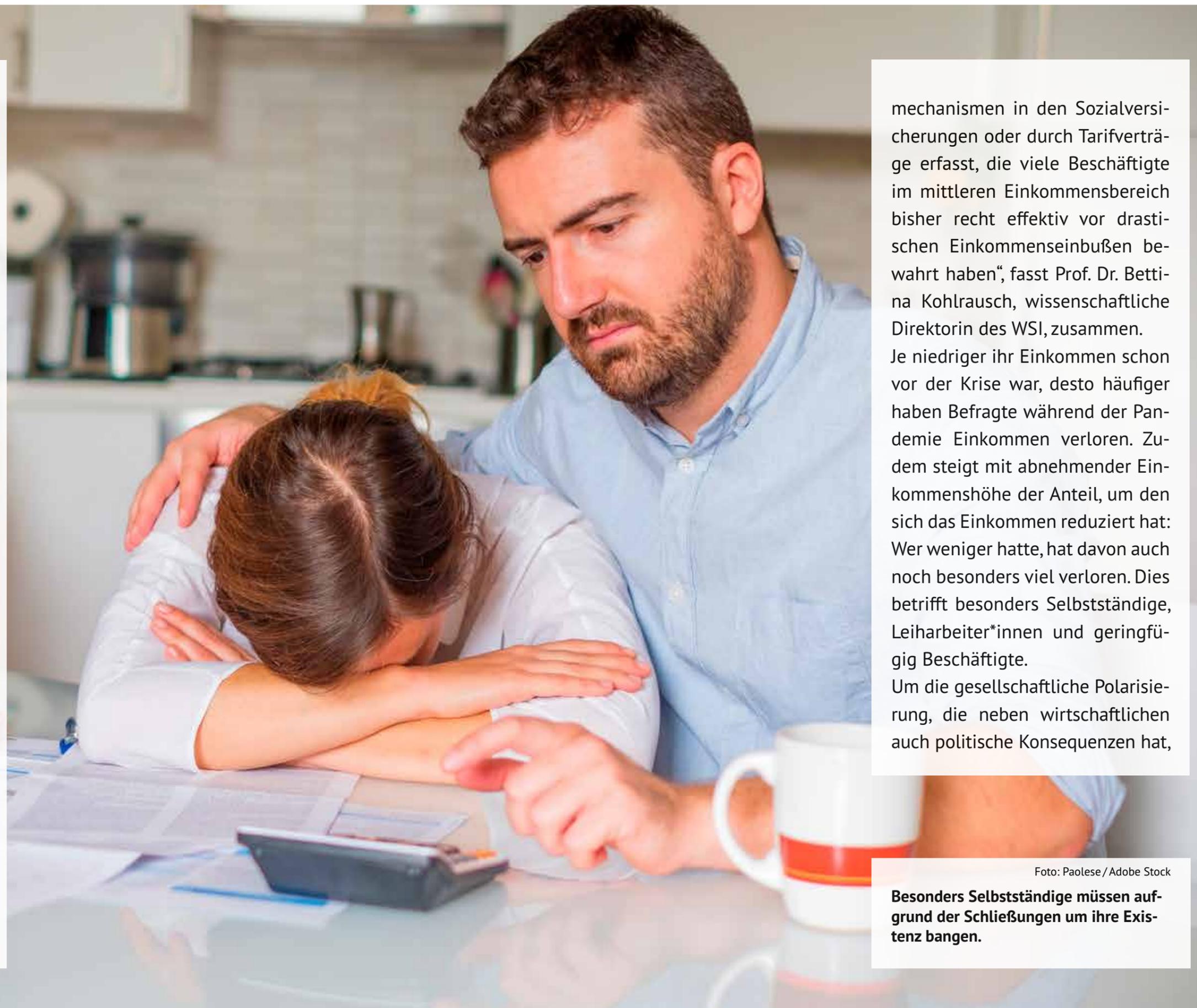
Foto: Serhii / Adobe Stock

Familien mit geringem Einkommen sind von der Krise besonders betroffen. Der SoVD fordert bessere Unterstützung für sie.

Im oberen Zehntel stieg das Nettoeinkommen dagegen im Schnitt um acht Prozent an. Mittlere Einkommen profitierten unter anderem von steigenden Tariflöhnen und konnten ihre Einkommen um sieben Prozent steigern. Laut Bericht ist die Ungleichheit – gemessen am Gini-Koeffizienten – in diesem Zeitraum leicht gesunken. Durch die Folgen der Corona-Krise wird sich dieser Trend aber umkehren, prognostizieren die Wissenschaftler*innen.

So gehen in den mittleren Einkommensbereichen die verfügbaren Einkommen durch Arbeitslosigkeit oder lang anhaltende Kurzarbeit zurück. Wie auch der SoVD, plädieren die Autor*innen für einen verlängerten Bezug von Arbeitslosengeld I und ein höheres Kurzarbeitergeld.

Doch deutlich härter trifft es Menschen, die zuvor schon wenig hatten. Diese „sind besonders oft und besonders hart von wirtschaftlichen Verlusten betroffen. Denn sie arbeiten oft an den Rändern des Arbeitsmarktes. Dort werden sie nur unzureichend durch Schutz-



mechanismen in den Sozialversicherungen oder durch Tarifverträge erfasst, die viele Beschäftigte im mittleren Einkommensbereich bisher recht effektiv vor drastischen Einkommenseinbußen bewahrt haben“, fasst Prof. Dr. Bettina Kohlrausch, wissenschaftliche Direktorin des WSI, zusammen.

Je niedriger ihr Einkommen schon vor der Krise war, desto häufiger haben Befragte während der Pandemie Einkommen verloren. Zudem steigt mit abnehmender Einkommenshöhe der Anteil, um den sich das Einkommen reduziert hat: Wer weniger hatte, hat davon auch noch besonders viel verloren. Dies betrifft besonders Selbstständige, Leiharbeiter*innen und geringfügig Beschäftigte.

Um die gesellschaftliche Polarisierung, die neben wirtschaftlichen auch politische Konsequenzen hat,

Foto: Paolese / Adobe Stock

Besonders Selbstständige müssen aufgrund der Schließungen um ihre Existenz bangen.

abzuschwächen, empfehlen die Autor*innen neben besseren Ad-hoc-Hilfen langfristige Maßnahmen wie einen höheren Mindestlohn und eine stärkere Belastung von Vermögen und großen Erbschaften. Diese Forderungen vertritt der SoVD ebenfalls.

Wenig ermutigend ist auch ein Blick in den aktuellen „Schuldner-Atlas“. Während die Schuldenquote im vergangenen Jahr sogar leicht auf 9,87 Prozent sank, warnen die Autoren vor den Folgen der Corona-Krise. Die finanziellen Ausfälle von heute sind tendenziell die Schulden von morgen. „Die langfristigen Perspektiven für die Überschuldungsentwicklung sind besorgniserregend, da die Corona-Pandemie auch eine weitere Polarisierung von Einkommen und Vermögen bewirkt“, so Patrick-Ludwig Hantzsch von Creditreform, die den Atlas herausgeben. Eine weitere Feststellung: Auch ohne Corona hat die Verschuldung bei den über 70-Jährigen in den vergangenen Jahren spürbar zugenommen.

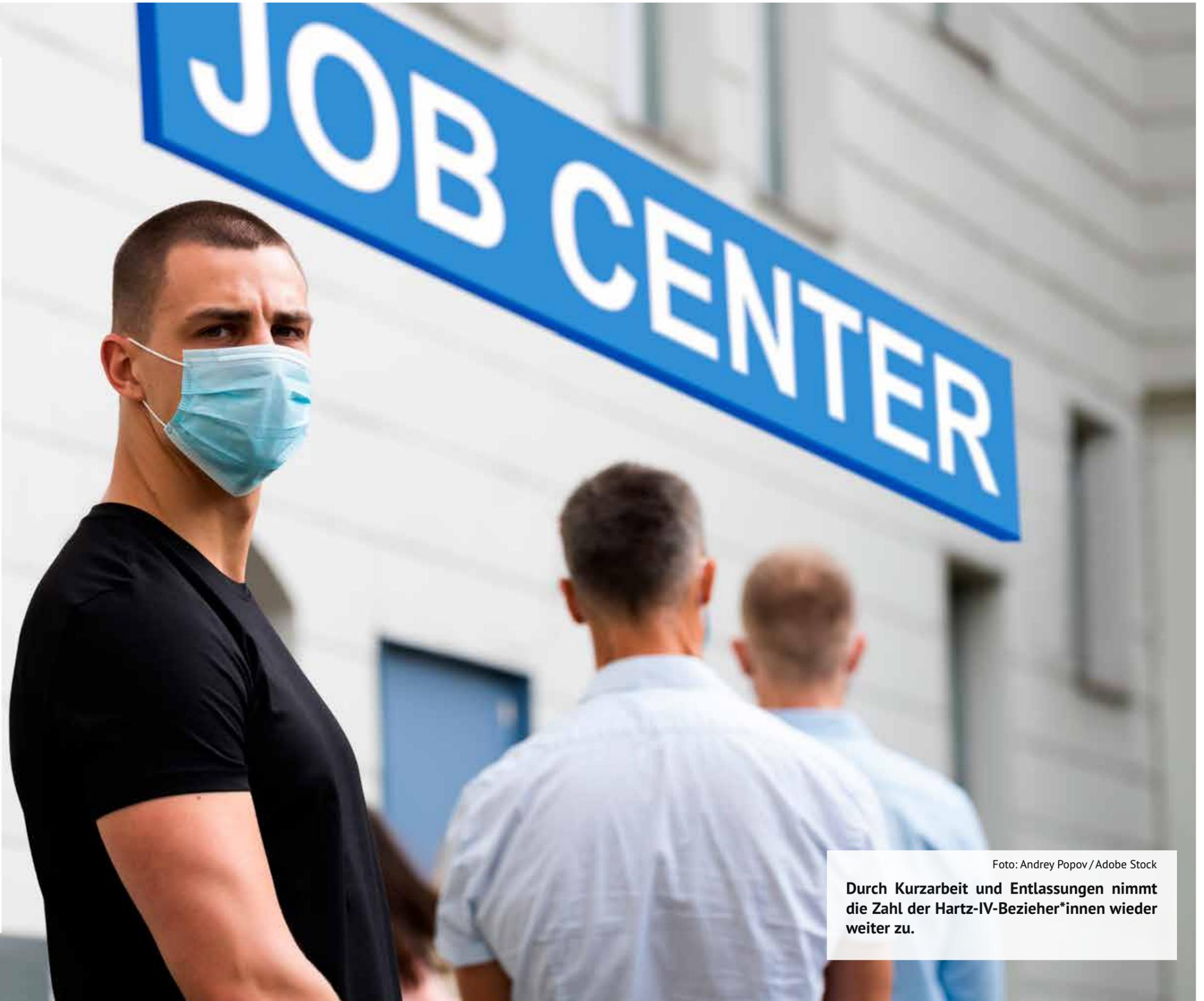


Foto: Andrey Popov / Adobe Stock

Durch Kurzarbeit und Entlassungen nimmt die Zahl der Hartz-IV-Bezieher*innen wieder weiter zu.

Nicht nur die weiten Wege zum Krankenhaus werden zu einem immer größeren Problem

Schnelle Hilfe auch auf dem Land?

Wie gut ist die medizinische Versorgung außerhalb großer Städte? In ländlichen Regionen müssen Notfallpatient*innen oft weite Wege bis zum nächsten Krankenhaus in Kauf nehmen. Auf dem Land fehlt es außerdem zunehmend an Hausärzt*innen. Diese Defizite könnten sich vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie verstärkt negativ auswirken. Der SoVD bekräftigt daher seine Forderungen nach einer qualitativ hochwertigen und flächendeckenden Versorgung für ganz Deutschland.

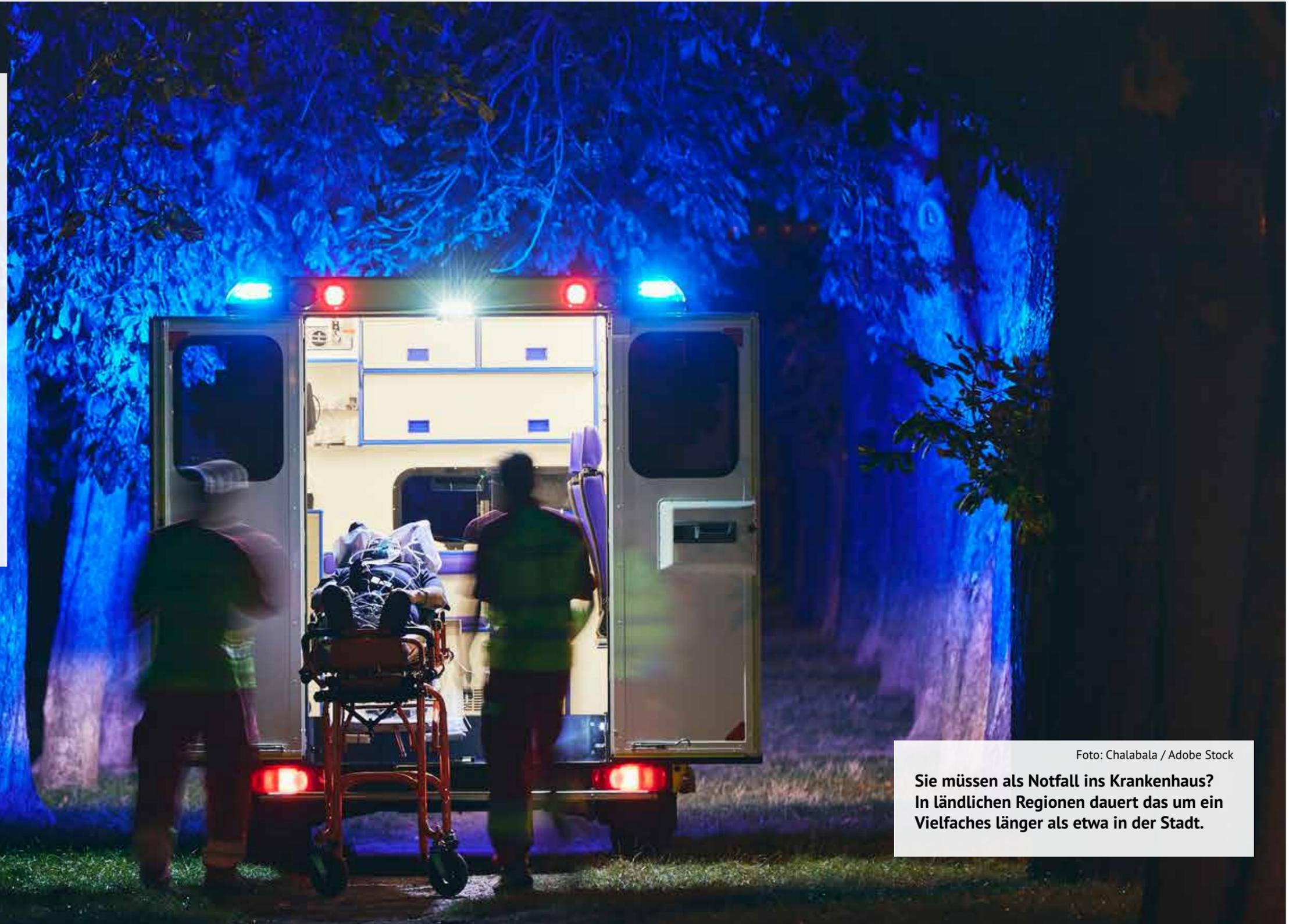


Foto: Chalabala / Adobe Stock

**Sie müssen als Notfall ins Krankenhaus?
In ländlichen Regionen dauert das um ein
Vielfaches länger als etwa in der Stadt.**

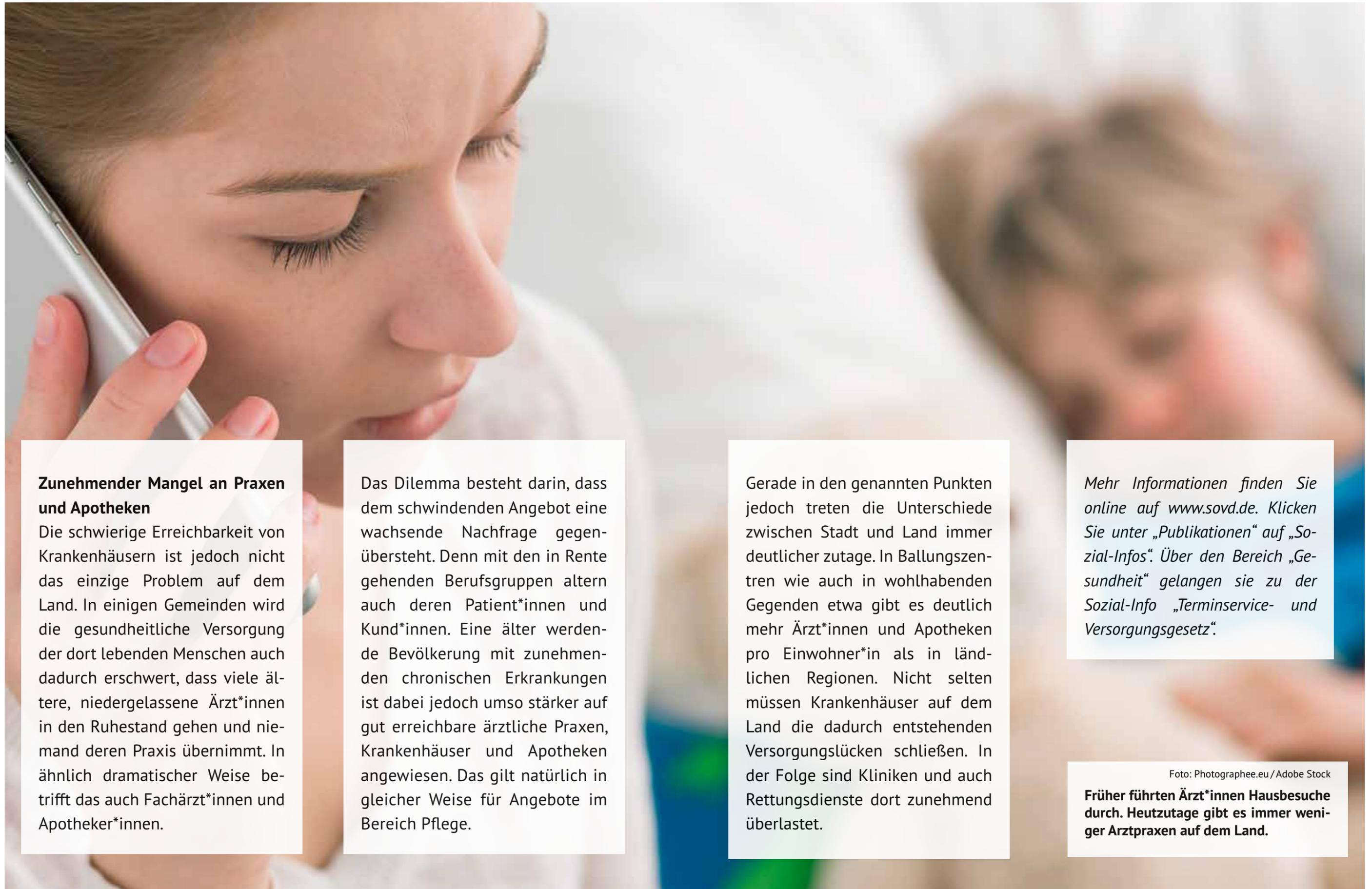


Im November verabschiedete das Kabinett den „Dritten Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der ländlichen Räume“. In dem Papier weist das zuständige Bundeslandwirtschaftsministerium unter anderem darauf hin, dass man in den meisten kreisfreien Städten mit dem Auto zwischen fünf und zehn Minuten benötigt, um das nächstgelegene Krankenhaus zu erreichen. In ländlichen Regionen dagegen müsse man hierfür im Durchschnitt bis zu eine halbe Stunde einplanen.

Die unterschiedlichen Zeitspannen sieht das Ministerium durchaus kritisch. Die längeren Wege könnten schnell fatale Folgen haben, etwa wenn es um die Versorgung zeitkritischer Erkrankungen wie Schlaganfällen oder Herzinfarkten gehe.

Foto: Jeanette Dietl / Adobe Stock

Ob in der Stadt oder auf dem Land: Hausärzt*innen sollten als erste Anlaufstelle die weitere Behandlung koordinieren.



Zunehmender Mangel an Praxen und Apotheken

Die schwierige Erreichbarkeit von Krankenhäusern ist jedoch nicht das einzige Problem auf dem Land. In einigen Gemeinden wird die gesundheitliche Versorgung der dort lebenden Menschen auch dadurch erschwert, dass viele ältere, niedergelassene Ärzt*innen in den Ruhestand gehen und niemand deren Praxis übernimmt. In ähnlich dramatischer Weise betrifft das auch Fachärzt*innen und Apotheker*innen.

Das Dilemma besteht darin, dass dem schwindenden Angebot eine wachsende Nachfrage gegenübersteht. Denn mit den in Rente gehenden Berufsgruppen altern auch deren Patient*innen und Kund*innen. Eine älter werdende Bevölkerung mit zunehmenden chronischen Erkrankungen ist dabei jedoch umso stärker auf gut erreichbare ärztliche Praxen, Krankenhäuser und Apotheken angewiesen. Das gilt natürlich in gleicher Weise für Angebote im Bereich Pflege.

Gerade in den genannten Punkten jedoch treten die Unterschiede zwischen Stadt und Land immer deutlicher zutage. In Ballungszentren wie auch in wohlhabenden Gegenden etwa gibt es deutlich mehr Ärzt*innen und Apotheken pro Einwohner*in als in ländlichen Regionen. Nicht selten müssen Krankenhäuser auf dem Land die dadurch entstehenden Versorgungslücken schließen. In der Folge sind Kliniken und auch Rettungsdienste dort zunehmend überlastet.

Mehr Informationen finden Sie online auf www.sovd.de. Klicken Sie unter „Publikationen“ auf „Sozial-Infos“. Über den Bereich „Gesundheit“ gelangen sie zu der Sozial-Info „Terminservice- und Versorgungsgesetz“.

Foto: Photographee.eu / Adobe Stock

Früher führten Ärzt*innen Hausbesuche durch. Heutzutage gibt es immer weniger Arztpraxen auf dem Land.

Schlechte Versorgung hat eventuell fatale Folgen

Als brisant könnte sich diese Problematik durch die Pandemie mit dem Coronavirus erweisen. Neben Großstädten, die eine hohe Zahl an Neuinfektionen aufweisen, gibt es sogenannte Hotspots längst auch an weniger urbanen Orten. Vor einer zunehmenden Quote an Ansteckungen mit dem Coronavirus in ländlichen Regionen warnte auch der Direktor des Instituts für Virologie an der Berliner Charité, Prof. Dr. Christian Drosten.

Als eine wichtige Anlaufstelle für die Versorgung der Landbevölkerung sieht der Virologe in diesem Zusammenhang die Hausärzt*innen. Fälle nahmen Drosten zufolge oftmals dann einen ungünstigen Verlauf, wenn ältere Patient*innen

erst zu spät ins Krankenhaus eingewiesen würden. Genau dieses Szenario könnte angesichts weit entfernter Praxen und Kliniken jedoch häufiger eintreten.

SoVD fordert Orientierung am Wohl der Patient*innen

Um gleichwertige Lebensverhältnisse für ganz Deutschland zu schaffen, ist es aus Sicht des SoVD geboten, stärker auf die Bedürfnisse der Patient*innen zu achten. Eine Unterversorgung ländlicher oder strukturschwacher Gebiete muss ebenso beseitigt werden wie eine Überversorgung in Ballungszentren. Für den SoVD besteht das Ziel in einer qualitativ hochwertigen Versorgung, die flächendeckend und wohnortnah erfolgen kann.

Foto: Chalabala / Adobe Stock

Im Notfall zählt jede Minute. Bei langen Anfahrtswegen erhöht sich das Risiko, dass ärztliche Hilfe zu spät kommt.





Hausärzt*innen gesucht

Im vergangenen Jahr fehlten bundesweit rund 3.300 Hausärzt*innen. Zu spüren bekamen dies nach Angaben der Bundesregierung vor allem Flächenländer. Gemessen an der Bedarfsplanung blieb im Saarland etwa jede achte Stelle unbesetzt, in Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz rund jede zehnte. Deutlich besser mit Allgemeinmediziner*innen versorgt waren dagegen vor allem Stadtstaaten wie etwa Hamburg oder Berlin.

Wie dringend der medizinische Nachwuchs gebraucht wird, verdeutlicht auch eine aktuelle Statistik der Bundesärztekammer zur Altersentwicklung der Ärzteschaft. Von allen berufstätigen Ärzt*innen haben acht Prozent bereits das 65. Lebensjahr vollendet. Weitere zwölf Prozent waren zum Stichtag zwischen 60 und 65 Jahre alt. Jede*r fünfte Arzt*Ärztin scheidet somit voraussichtlich bald aus dem Berufsleben aus.

Foto: ArTo/Adobe Stock

Weil die Nachfolge nicht geregelt ist, müssen immer mehr Praxen schließen.

SoVD bei Podiumsdiskussion zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft eingeladen

Mindestsicherung in Europa stärken

Bei einer Diskussionsveranstaltung der EU-Kommission sprach SoVD-Vizepräsidentin Ursula Engelen-Kefer über Handlungsfelder der EU und forderte unter anderem, Mindestlöhne verbindlich einzuführen. Außerdem ging es um die Umsetzung der neuen „Säule sozialer Rechte“. Dabei hat sich auch der SoVD eingebracht.

alle Fotos: Benjamin Pritzkeleit

SoVD-Vizepräsidentin Ursula Engelen-Kefer sprach auf der Veranstaltung. Im Vordergrund Bundesarbeitsminister Hubertus Heil.

Zur Halbzeit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft richtete die EU-Kommission in ihrer Berliner Vertretung am 10. November eine digitale Veranstaltung unter dem Titel „Ein starkes soziales Europa für einen gerechten Übergang“ aus. Vor Ort waren unter strengen Corona-Schutzmaßnahmen die Teilnehmenden der Diskussions-

runde. Es sprachen EU-Kommissar Nicolas Schmit, Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD), Steffen Kampeter, Geschäftsführer der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Dr. Klaus-Peter Stiller vom Bundesarbeitsgeberverband Chemie, Rainer Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

(DGB), und Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Vizepräsidentin des SoVD. Etwa 180 Interessierte folgten der Diskussion im Internet.

SoVD-Forderungen für Säule sozialer Rechte

Sowohl EU-Kommissar Nicolas Schmit als auch Bundesarbeitsminister Heil betonten, die sozialen

Aspekte in der EU stärken zu wollen. Diese seien seit der Finanzkrise 2008/09 vernachlässigt worden. Die im November 2017 von der EU eingeführte „Europäische Säule Sozialer Rechte“ setze dafür einen guten Rahmen, der durch einen Aktionsplan ausgefüllt werden soll. Hierzu lief bis Ende November ein Konsultationsprozess



Die Diskussionsrunde der EU-Kommission war hochkarätig besetzt. Das Publikum nahm digital teil.

bei den Mitgliedsländern. Der SoVD setzt sich für folgende Ziele ein: Armutsbekämpfung, Inklusion von Menschen mit Behinderungen, Inklusion in Arbeit und Beruf, wirksamer Schutz gegen Diskriminierung, flächendeckende Barrierefreiheit sowie Gleichstellung zwischen Männern und Frauen. Dazu sind bei der Umsetzung verbindliche Standards und Regeln festzulegen.

Der EU-Kommissar, wie auch der Bundesarbeitsminister, wies auf den von der EU-Kommission vorgelegten Richtlinienentwurf für europäische Mindestlöhne hin. Ebenso bedeutsam sei die einstimmig gefasste Ratschlussfolgerung für die Mindestsicherung als unteres soziales Auffangnetz. Die Arbeitgebervertreter gaben zu erkennen, dass auch sie die Notwendigkeit der sozialen Anforderungen sehen, Voraussetzung dafür sei aber eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Der BDA-Vertreter Steffen Kampeter stellte insbesondere den Entwurf der Richtlinie für gesetzliche Mindestlöhne infrage. Dies sei Sache

der Tarifparteien, wie es auch von den skandinavischen Mitgliedsregierungen geltend gemacht werde.

Engelen-Kefer für höhere Mindestlöhne in der EU

Darauf entgegnete der DGB-Vorsitzende Hoffmann, dass es keiner gesetzlichen Mindestlöhne bedürfe, wenn alle Mitgliedsländer eine so hohe Tarifbindung von bis zu 80 oder 90 Prozent hätten, wie es in Schweden der Fall sei.

Allerdings ist es nach Auffassung des SoVD unverzichtbar, den Richtlinienentwurf für europäische Mindestlöhne zu verbessern. Die Einführung eines Mindestlohnes muss verpflichtend festgeschrieben werden. Zudem muss als Lohnuntergrenze die Armutsgrenze in der EU von 60 Prozent des Mittleren Einkommens in den jeweiligen Mitgliedsländern gelten. In der Bundesrepublik wäre danach 2020 ein Mindestlohn von 13 Euro erforderlich, damit die Löhne von heute auch vor drohender Altersarmut schützen. Mindestlohnkommission und Bundesre-

gierung sehen aber lediglich eine stufenweise Anhebung in Trippelschritten von derzeit 9,35 Euro auf 10,45 Euro bis Mitte 2022 vor. Der DGB wies darauf hin, dass die durch Armut erzwungene grenzüberschreitende Migration von Arbeitskräften zu erheblichen Missbräuchen bei Löhnen und Arbeitsbedingungen geführt habe. Die erschreckenden Vorgänge in der deutschen Fleischindustrie als Corona-Hotspots hätten diese sozialen und gesundheitlichen Skandale deutlich zutage treten lassen. Insgesamt bestand Einigkeit darüber, dass die konkrete Ausgestaltung der Sozialpolitik weiterhin im Zuständigkeitsbereich der Nationalstaaten bleiben müsse.

Arbeitsminister Hubertus Heil war als Vertreter der Bundesregierung dabei.





Erfolg bei Musterverfahren von SoVD und VdK zu Erwerbsminderungsrenten

Revision unerwartet zugelassen

SoVD und VdK führen derzeit in ausgewählten Fällen Musterverfahren zu den Erwerbsminderungsrenten. In dem aktuellen Verfahren hat nun das Bundessozialgericht (BSG) unerwartet die Revision zugelassen. Das BSG nahm eine Nichtzulassungsbeschwerde zur Entscheidung an, die der Sozialverband VdK und der Sozialverband Deutschland (SoVD) gemeinsam eingelegt hatten (BSG Az.: B 13 R 100 / 20 B).

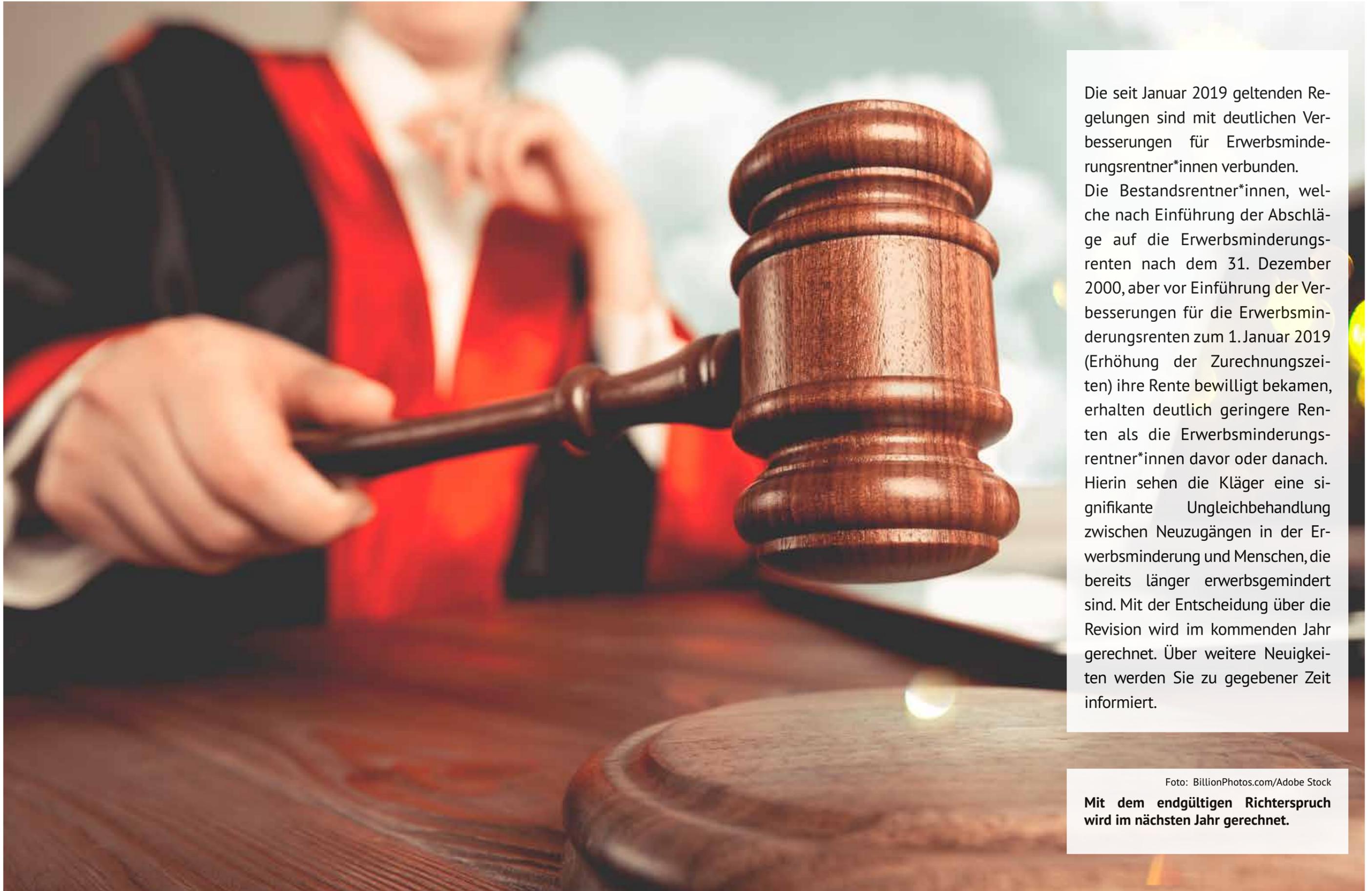


BUNDESSOZIALGERICHT

GRAF-BERNADOTTE-PLATZ 5

Foto: Dirk Felmeden / Bundessozialgericht

Am Bundessozialgericht in Kassel werden höchstrichterliche Entscheidungen gefällt. SoVD und VdK waren hier erfolgreich.



Die seit Januar 2019 geltenden Regelungen sind mit deutlichen Verbesserungen für Erwerbsminderungsrentner*innen verbunden. Die Bestandsrentner*innen, welche nach Einführung der Abschläge auf die Erwerbsminderungsrenten nach dem 31. Dezember 2000, aber vor Einführung der Verbesserungen für die Erwerbsminderungsrenten zum 1. Januar 2019 (Erhöhung der Zurechnungszeiten) ihre Rente bewilligt bekamen, erhalten deutlich geringere Renten als die Erwerbsminderungsrentner*innen davor oder danach. Hierin sehen die Kläger eine signifikante Ungleichbehandlung zwischen Neuzugängen in der Erwerbsminderung und Menschen, die bereits länger erwerbsgemindert sind. Mit der Entscheidung über die Revision wird im kommenden Jahr gerechnet. Über weitere Neuigkeiten werden Sie zu gegebener Zeit informiert.

Foto: BillionPhotos.com/Adobe Stock

Mit dem endgültigen Richterspruch wird im nächsten Jahr gerechnet.

Online-Umfrage soll Handlungsbedarf zum Thema Corona und Inklusion für Politik und Verbände ermitteln

Auswirkung von Corona auf die Teilhabe

Corona hat das Leben aller verändert. Besonders hart treffen die Pandemie und die damit einhergehenden Einschränkungen aber Menschen, die ohnehin schon einen schwierigen Alltag hatten: sei es, weil sie chronisch erkrankt oder behindert sind, sei es, dass sie pflegen beziehungsweise gepflegt werden. Ihre Erfahrungen und Bedürfnisse in der Corona-Zeit sollen mithilfe einer Online-Umfrage festgestellt werden, um daraus Konzepte für eine bessere Teilhabe zu entwickeln.

Die Deutsche Vereinigung für Rehabilitation (DVfR) führt die Befragung im Internet durch. Am Entwicklungsprozess der Umfrage war auch der SoVD beteiligt, um sicherzustellen, dass die Interessen von Betroffenen von Anfang an in die Konzeption der Fragebögen einfließen. Bis zum 13. Dezember können Pflegebedürftige, Pflegende, chronisch Kranke und Menschen mit Behinderung ihre Erfahrungen in den Bereichen Gesundheit, Arbeit und Bildung schildern, wie zum Beispiel: Waren medizinisch-therapeutische

Angebote eingeschränkt? Wurden eigene Schutzbedürfnisse von anderen ausreichend berücksichtigt? Gab es Erfahrungen von Ausgrenzung oder Einschränkungen? Gab es digitale Kommunikationsmöglichkeiten und wurden diese genutzt? Welche Sorgen, Hoffnungen und Wünsche gibt es mit dem Blick in die Zukunft? Ein zweiter Fragebogen richtet sich an Angehörige von Betroffenen und fragt nach deren Erfahrungen. Ziel der Umfrage ist es, sich ein Bild über die Erfahrungen und Wünsche der Zielgruppe während

der Corona-Pandemie zu verschaffen und daraus Schlüsse für die Inklusionsarbeit von Politik und Verbänden zu ziehen. Unterstützt wird das Projekt vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) Die DVfR in Kooperation mit dem Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. (ZSH) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg wertet die Ergebnisse aus. Wir werden darüber in einer der kommenden Ausgaben berichten. Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen und/oder Pflegebedarf sowie ihre Angehörigen können an der Umfrage teilnehmen. Die Fragebögen sind digital ausfüllbar, anonym und schnell durchführbar. Die Links finden Sie unter: www.sovd.de/umfrage-corona-dvfr.

Foto: DC Studio/Adobe Stock

Schnell und einfach durchführbar: die Online-Umfrage zu den eigenen Erfahrungen während der Corona-Krise.

Silbernetz & Co. – telefonische Hilfsangebote richten sich vor allem an ältere Menschen

Für viele ein Silberstreif am Horizont

Es begann in Großbritannien mit der „Silver Line“ („silberne Leitung“): Ältere Menschen, die sich alleingelassen fühlten, konnten eine Rufnummer wählen, um einfach mal mit jemandem zu reden. Mit „Silbernetz“ und ähnlichen Initiativen gibt es vergleichbare Angebote längst auch in Deutschland. Der Bedarf ist leider vorhanden – umso mehr angesichts des bevorstehenden Weihnachtsfestes.

Von einem telefonischen Netzwerk hatte Elke Schilling zunächst in einem britischen Kriminalroman gelesen. Den Anstoß, in dieser Richtung dann selbst aktiv zu werden, lieferte letztlich der einsame Tod ihres Nachbarn, den sie erst bemerkte, als es schon lange zu spät war. Es gab zwar hin und wieder kurze Begegnungen im Treppenhaus; auch hatte der Mann Kinder, diese jedoch besuchten ihn längst nicht mehr. Nachdem über Wochen hinweg der Zettel eines Lieferservices an der Tür des Rentners hing, alarmierte die Frau schließlich die Polizei und den Vermieter. Nach dieser niederdrückenden Erfahrung wollte Elke Schilling

Foto: Dragana Gordic / Adobe Stock

Einfach mal mit jemandem reden – zu Weihnachten dürfte das vor allem für viele ältere Menschen sehr wichtig sein.

dazu beitragen, dass vereinsamte Senior*innen rechtzeitig Unterstützung erhalten und zurück ins gesellschaftliche Leben finden. Sie gründete „Silbernetz“, ein Hilfs- und Kontaktangebot für ältere Menschen.

Die Chancen Älterer, soziale Kontakte zu knüpfen oder zu halten, haben sich mit dem Coronavirus deutlich reduziert: Um ihre Gesundheit zu schützen, müssen gerade Senior*innen besonders auf Distanz bedacht sein. Aus berechtigter Sorge vor Ansteckung trauen sich viele von ihnen kaum mehr auf die Straße. Auch die Bewohner*innen von Alten- und Pflegeheimen können aufgrund der Pandemie Besuch gar nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen erhalten.

Persönliche Gespräche sind wichtig, um den Lebensmut gerade älterer Menschen zu erhalten. Längst gibt es daher ähnliche Initiativen wie „Silbernetz“. Der Münchner Verein Retla etwa rief die „Telefon-Engel“ ins Leben. Hier helfen über 350 Freiwillige dabei mit, dass Senior*innen in der Coronakrise verbunden bleiben – und zwar bundesweit.

Info

Die „Telefon-Engel“ sind telefonisch unter: 089/18 91 00 26 sowie online unter: <https://retla.org/telefonengel> erreichbar. Für das „Silbernetz“ gibt es bundesweit die kostenfreie Rufnummer: 0800/4 70 80 90. Während der Feiertage wird die Hotline voraussichtlich rund um die Uhr besetzt sein. Mehr Informationen finden Sie auch im Internet unter: <https://www.silbernetz.org>.

Foto: Halfpoint / Adobe Stock

In Pflegeheimen sind die Besuchskontakte wegen Corona stark eingeschränkt. Telefonkontakte können über die Einsamkeit trösten.

Bunte Rampen aus Legosteinen machen auf weiterhin bestehende gesellschaftliche Barrieren aufmerksam

„Wir legen Ihnen gerne Steine in den Weg!“

In verschiedenen deutschen Städten liegen vor den Eingängen von Cafés oder Geschäften bunte Rampen aus Legosteinen. Gebastelt und verklebt werden diese in mühevoller Kleinarbeit von Privatleuten. Die Kunstwerke sollen jedoch nicht allein beim Überwinden von Stufen helfen, sondern vor allem Aufmerksamkeit erregen und somit für das Thema Barrierefreiheit sensibilisieren.

Aus Legosteinen Rampen für Rollstühle oder Kinderwagen zu bauen, das klingt im ersten Moment ein wenig albern. Warum es trotzdem eine tolle Idee ist, das erklärt Ulrich Lorey vom Verein „Selbstbestimmt Leben Würzburg“ (WüSL): „Es fällt sofort auf und regt zum Nachdenken an. Mit Rampen aus Holz hätten wir diese Reaktion nicht erreicht.“

Lorey ist selbst auf den Rollstuhl angewiesen und kennt die Probleme beim Überwinden von Hinder-

Fotos: WüSL – Selbstbestimmt Leben Würzburg e. V.

Fällt auf und funktioniert: eine aus Legosteinen gebaute Rampe.

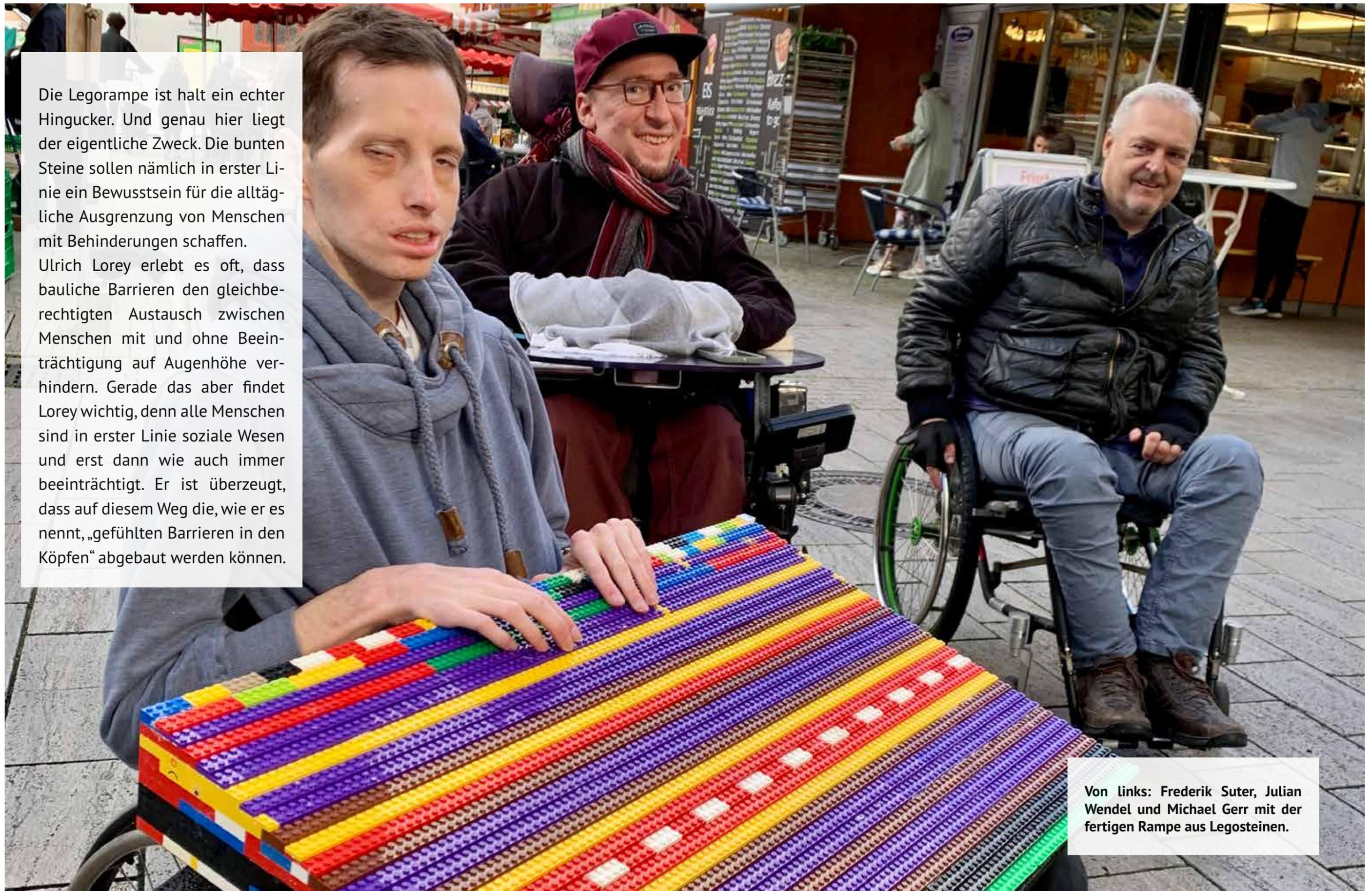
nissen zur Genüge. Er und seine Mitstreiter*innen von WüSL wollen etwas verändern: „Es geht um Teilhabe, um Inklusion und einfach um Selbstbestimmung. Wie alle anderen, die nicht im Rollstuhl sitzen, wollen wir auch überall hin können. Da sind die Legorampen letztlich Mittel zum Zweck.“

Dank WüSL hat seit Kurzem auch Würzburg eine Rampe aus rund 3.500 Legosteinen. Das Geschäft, vor dem der farbenfrohe Alltagshelfer liegt, hat das Team um Ulrich Lorey unterstützt und war von dem Ergebnis hellauf begeistert.



Jede Legorampe hat mal klein angefangen: Frederik Suter (li.) und Jens Bedel gehen akribisch und mit Freude zu Werke.

Die Legorampe ist halt ein echter Hingucker. Und genau hier liegt der eigentliche Zweck. Die bunten Steine sollen nämlich in erster Linie ein Bewusstsein für die alltägliche Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen schaffen. Ulrich Lorey erlebt es oft, dass bauliche Barrieren den gleichberechtigten Austausch zwischen Menschen mit und ohne Beeinträchtigung auf Augenhöhe verhindern. Gerade das aber findet Lorey wichtig, denn alle Menschen sind in erster Linie soziale Wesen und erst dann wie auch immer beeinträchtigt. Er ist überzeugt, dass auf diesem Weg die, wie er es nennt, „gefühlten Barrieren in den Köpfen“ abgebaut werden können.



Von links: Frederik Suter, Julian Wendel und Michael Gerr mit der fertigen Rampe aus Legosteinen.

Interview mit Rita Ebel

Die „Lego-Oma“ zeigt, wie es geht

Rita Ebel aus Hanau hat die Legorampen als eine der Ersten in Deutschland bekannt gemacht. Als „Lego-Oma“ ist sie unter anderem in den sozialen Medien aktiv und bietet entsprechende Bauanleitungen in mittlerweile sechs verschiedenen Sprachen an. Anfragen an ihr Team – darunter ihr Mann, ihre Tochter und ihre Enkelin – kamen bereits aus den USA, aus Dubai und aus Südafrika. Warum sich Rita Ebel so sehr für bunte Rampen begeistert und was sie mit diesen erreichen will, darüber sprach sie im Interview mit Joachim Schöne für die SoVD-Zeitung.



FFFFFFFFFFFFFFFFFFFFFFFF

Rita Ebel

Woher nehmen Sie die Zeit für Ihre ganzen Aktivitäten?

Ich bin schon seit über zwanzig Jahren aufgrund einer Erwerbsminderung in Rente. Nebenher engagiere ich mich allerdings auch noch viel ehrenamtlich und gehe einmal die Woche im Sanitätshaus arbeiten.

__Sie haben also nicht früher einmal Legosteine verkauft?

Nein, aber wie die meisten anderen auch habe ich natürlich als Kind damit gespielt.

__Wenn Sie im Sanitätshaus arbeiten, sind Sie ja bestens für den Rampenbau qualifiziert, oder?

Ich muss immer wieder dazu sagen, dass unsere Legorampen keine zertifizierten Hilfsmittel sind. Ich habe aber von Anfang an ein riesiges Potenzial in dieser Geschichte gesehen. Damals habe ich einen Bericht in einer Fachzeitschrift gelesen und gedacht: Was für eine wunderbare Idee und was für ein Hingucker! Von da an war es mir eine Herzensangelegenheit, die Menschen auf so eine tolle Art auf Barrieren aufmerksam zu machen, ohne dabei mit dem Zeigefinger zu drohen.

__Für Rampen als Hilfsmittel gibt es also offizielle Vorgaben?

Die Behörden schreiben dabei ein Gefälle von maximal sechs Prozent vor. Wollten wir das mit unseren Legorampen einhalten, würden die so lang werden, dass oftmals der Bürgersteig gar nicht mehr ausreicht.

Als Rollstuhlfahrerin ist mir persönlich allerdings das Gefälle oder die Steigung egal, solange ich damit die Möglichkeit habe, irgendwo hochzukommen. Das ist immer noch einfacher und sicherer, als wenn andere meinen Rollstuhl kippen müssen, um mir zu helfen. Dabei kann man nämlich auch ganz schnell aus dem Rollstuhl fallen.



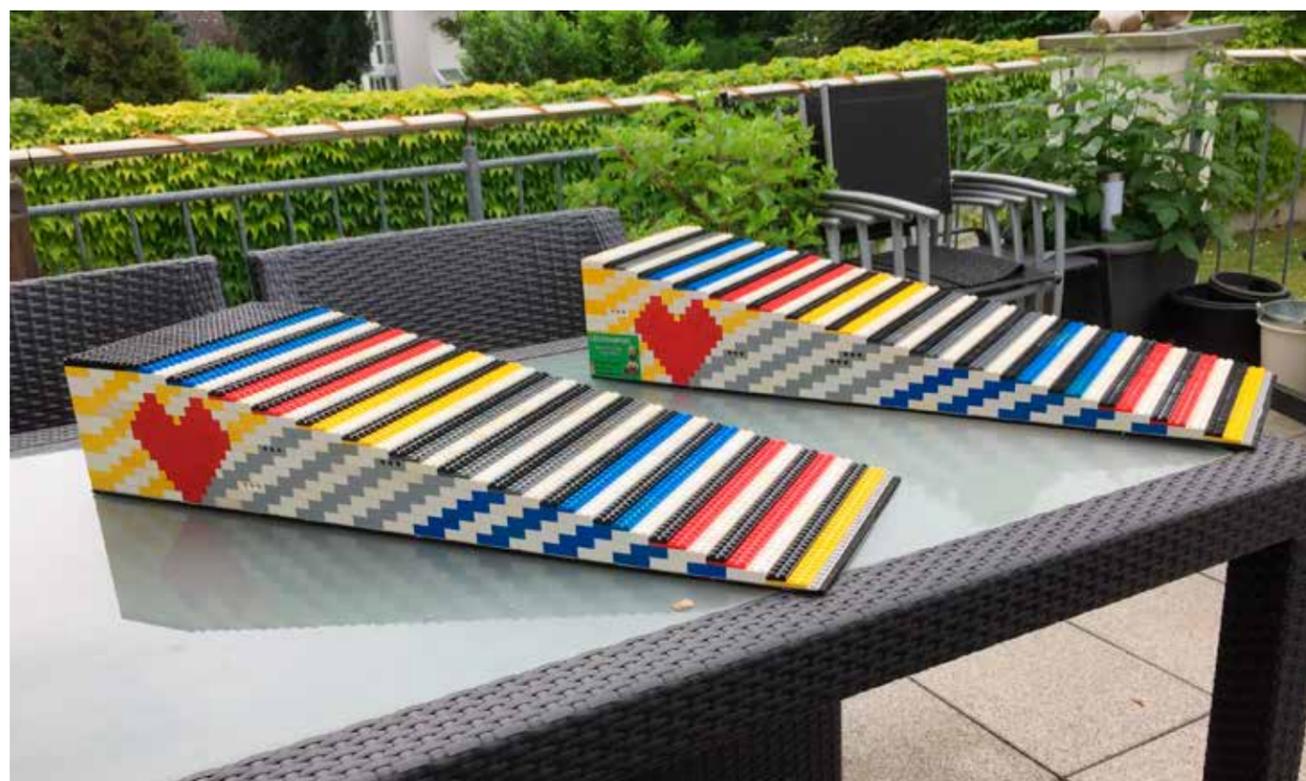
Rampen von Rita Ebel.



Farbenfrohe Rampen in Hanau.



Rampe in Dieburg.



Rampe in Weißenfels (Sachsen-Anhalt)



Rampe in Lauenförde.



Rampe in Großkrotzenburg.

__ Was sollen Legorampen im besten Fall bewirken?

Ursprünglich wollte ich Rollstuhlfahrern sowie Menschen mit einem Rollator oder einem Kinderwagen helfen. Dann haben mich auch Menschen mit einer eingeschränkten Sehkraft angesprochen, die sagten, sie würden durch die bunten Steine jetzt auch die Stufen besser erkennen. Aber auch Menschen, die sich noch nie Gedanken über Barrieren gemacht haben, wurden durch die bunten Rampen darauf aufmerksam – auf eine fröhliche, lustige Art. Ich denke, das ist fast genauso wichtig, wie der eigentliche Zweck der Rampe selbst. An einer Rampe aus Alu oder Holz geht man schnell vorbei. Aber an unseren bunten Legorampen geht niemand einfach nur vorbei.

__ Haben Sie in Ihrer Familie alle Lego-Steine beschlagnahmt?

Ich arbeite nur mit gespendeten Steinen. Das ist das Schöne daran, dass man unser Projekt mit nicht mehr benötigtem Spielzeug unterstützen kann. Und wenn man dann irgendwo eine bunte Rampe sieht, dann stecken da vielleicht die eigenen Steine drin.

__ Wie soll es denn mit dem Projekt weitergehen?

Mein Anliegen ist eigentlich, dass andere darauf aufmerksam werden, so wie es unter anderem ja auch in Würzburg funktioniert hat. Die kriegen dann von uns die nötigen Informationen und Hilfen an die Hand, damit es immer mehr Städte mit Legorampen gibt.

Weihnachtsgeschichte von Walter Benjamin

Ein Weihnachtsengel

Mit den Tannenbäumen begann es. Eines Morgens, als wir zur Schule gingen, hafteten an den Straßenecken die grünen Siegel, die die Stadt wie ein großes Weihnachtspaket an hundert Ecken und Kanten zu sichern schienen. Dann barst sie eines schönen Tages dennoch, und Spielzeug, Nüsse, Stroh und Baumschmuck quollen aus ihrem Innern: der Weihnachtsmarkt. Mit ihnen aber quoll noch etwas anderes hervor: die Armut. Wie nämlich Äpfel und Nüsse mit ein wenig Schaumgold neben dem Marzipan sich auf dem Weihnachtsteller zeigen durften, so auch die armen Leute mit Lametta und bunten Kerzen in den besseren Vierteln.

Die Reichen aber schickten ihre Kinder vor, um denen der Armen wollene Schäfchen abzukauften oder Almosen auszuteilen, die sie selbst vor Scham nicht über ihre Hände brachten.

Inzwischen stand bereits auf der Veranda der Baum, den meine Mutter insgeheim gekauft und über die Hintertreppe in die Wohnung hatte bringen lassen. Und wunderbarer als alles, was das Kerzenlicht ihm gab, war, wie das nahe Fest in seine Zweige mit jedem Tage dichter sich verspann. In den Höfen begannen die Leierkasten die letzte Frist mit Chorälen zu dehnen. Endlich war sie dennoch verstrichen und einer jener Tage wieder da, an deren frühesten ich mich hier erinnere.

In meinem Zimmer wartete ich, bis es sechs werden wollte. Kein Fest des späteren Lebens kennt diese Stunde, die wie ein Pfeil im Herzen des Tages zittert. Es war schon dunkel; trotzdem entzündete ich nicht die Lampe, um den Blick nicht von den Fenstern überm Hof zu wenden, hinter denen nun die ersten Kerzen zu sehen waren. Es war von allen Augenbli-

cken, die das Dasein des Weihnachtsbaumes hat, der bänglichste, in dem er Nadeln und Geäst dem Dunkel opfert, um nichts zu sein als nur ein unnahbares und doch nahes Sternbild im trüben Fenster einer Hinterwohnung. Doch wie ein solches Sternbild hin und wieder eins der verlassenen Fenster begnadete, indessen viele weiter dunkel blieben und andere noch trauriger im Gaslicht der frühen Abende verkümmerten, schien mir, daß diese weihnachtlichen Fenster die Einsamkeit, das Alter und das Darben – all das, wovon die armen Leute schwiegen – in sich faßten.

Dann fiel mir wieder die Bescherung ein, die meine Eltern eben rüsteten. Kaum aber hatte ich so schweren Herzens, wie nur die Nähe eines sichern Glücks es macht, mich von dem Fenster abgewandt, so spürte ich eine fremde Gegenwart im Raum. Es war nichts als ein Wind, so daß die Worte, die sich auf meinen

Lippen bildeten, wie Falten waren, die ein träges Segel plötzlich vor einer frischen Brise wirft:

„Alle Jahre wieder, kommt das Christuskind, auf die Erde nieder, wo wir Menschen sind“ – mit diesen Worten hatte sich der Engel, der in ihnen begonnen hatte, sich zu bilden, auch verflüchtigt. Doch nicht mehr lange blieb ich im leeren Zimmer. Man rief mich in das gegenüberliegende, in dem der Baum nun in die Glorie eingegangen war, welche ihn mir entfremdete, bis er, des Untersatzes beraubt, im Schnee verschüttet oder im Regen glänzend, das Fest da beendete, wo es ein Leierkasten begonnen hatte.

Walter Benjamin, Berliner Kindheit um Neunzehnhundert, in: Gesammelte Schriften Bd. VII / 1, Frankfurt / M. 1991, S. 282f.

Mit spitzer Feder

Elternhumor



Impressum

Das Online-Magazin erscheint monatlich in Ergänzung zur Mitgliederzeitung „Soziales im Blick“. Gelesen werden kann es online unter www.sovd.de sowie (mit Zusatzfunktionen) über die App „SoVD Magazin“. Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD), Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, E-Mail: redaktion@sovde.de, Telefon: 030/72 62 22 – 0. Redaktion: Veronica Sina (verantwortlich), Joachim Schöne, Brigitte Grahl, Sebastian Triesch, Denny Brückner, Eva Lebenheim.